

# Global Warming – Klima, Energie und Politik

Egon Bahr und Sigmar Gabriel  
im Gespräch

## Ist Klimapolitik die Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts?

Egon Bahr, geb. 1922, Bundesminister a.D., gilt als einer der wichtigsten und einflussreichsten Berater von Willy Brandt als Wegbereiter der Entspannungspolitik. Sigmar Gabriel, geb. 1959, ist seit 2005 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Anfang Juli debattierten sie im Berliner Umweltforum. Das Gespräch führte Thomas Meyer.



Peter Himsel

**Thomas Meyer:** Willy Brandt hat in den 70er Jahren häufig gesagt, es gäbe drei große, überwölbende Menschheitsprobleme, bei deren Lösung alle Akteure, trotz unterschiedlicher Interessen, zusammenarbeiten müssen: *erstens* die Wahrung des Friedens, *zweitens* die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, und *drittens* die Bekämpfung der Armut. Egon Bahr, kann man heute noch aus der Sicherheitspolitik der Vergangenheit lernen?

**Egon Bahr:** Die drei Punkte gelten im Prinzip immer noch. Ich bin sehr vorsichtig gegenüber der Versuchung, praktische Antworten zu geben. Wenn wir beispielsweise im Jahr 1907 versucht hätten, die großen Probleme des neuen Jahrhunderts zu formulieren, dann hätten wir die beiden Weltkriege, die Sowjetunion und den Kalten Krieg, das Ende des Kolonialzeitalters, den Menschen auf dem Mond und die Entdeckung des Atoms für Krieg und Frieden wohl nicht vorhergesehen. Ebenso etwa die Entwicklung des Fernsehens und des Handys. Ich frage mich, ob wir im Jahre 2007 sehr viel klüger sind. Jedenfalls bin ich fest davon überzeugt, dass die Geschwindigkeit, in der naturwissenschaftliche und technologische Fortschritte erzielt werden, nicht geringer sein wird als im vergangenen Jahrhundert.

Unter dieser Prämisse sehe ich in diesem Jahrhundert drei große Gefahren: *erstens* die Klimakatastrophe, *zweitens* die Verbreitung von Atomwaffen, und *drittens* die Gefahr des Zusammenpralls von Christentum und Islam.

Die Diskussion um die Klimakatastrophe hat in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Ich habe Anfang der 70er Jahre in Amerika einen klugen Philosophen entdeckt: Hans Jonas. Er hat mit dem *Prinzip Verantwortung* im Gegensatz zum *Prinzip Hoffnung* eine neue Ethik für die Technisierung der Zivilisation entwickelt: Wir können und dürfen gemäß diesem Prinzip nur so handeln, dass die nachfolgenden Generationen noch Entscheidungsmög-

lichkeiten haben. Man kann nicht mehr bestreiten, dass sich das Klima mit atemberaubendem Tempo verändert. Aber ich glaube, dass wir die Dimension dieses Themas noch gar nicht abschätzen können, denn das würde eine vollständige Bewusstseinsveränderung in der Bevölkerung bedeuten, weltweit. Wissen wir eigentlich, dass wir nur eine geringe Chance haben zu verhindern, dass die Welt für das zivilisierte Leben unbewohnbar wird?

Es genügt nicht, über das Thema Umwelt zu reden, sondern es ist notwendig, über die Bewahrung zivilisierten Lebens zu sprechen. Wenn also alle Fachleute unwiderlegbar sagen, dass wir in den nächsten acht bis zehn Jahren dafür sorgen müssen, dass der Anstieg der Temperatur gestoppt wird, dann sage ich: Das ist ja schon morgen!

Das bedeutet: Sicherheitspolitik im klassischen Sinne wird man nicht mehr machen können, denn alle Fragen, die damit zusammenhängen, sind nicht mehr durch den Einsatz von Waffen zu lösen. Was können wir also aus der Sicherheitspolitik der Vergangenheit lernen? *Erstens:* Wir sind damals zu dem Ergebnis gekommen, dass es im Zeitalter der Atomwaffen nur eine gemeinsame Sicherheit gibt. *Zweitens:* Man kann alle damit zusammenhängenden Fragen nur durch Kooperation lösen. Alte Rivalitäten müssen verschwinden. Obwohl ich die Wege und Antworten im Einzelnen noch nicht kenne, bin ich davon überzeugt, dass der Neoliberalismus nicht funktionieren wird. Wir werden international verpflichtende Regeln festlegen, und die sogenannte freie Marktwirtschaft wird zurücktreten müssen, denn auf Dauer funktioniert es nicht, die Gewinnmaximierung an die erste Stelle zu setzen.

**Sigmar Gabriel:** Das ist alles richtig. Zum ersten Mal erkennen wir, dass es bei der Umweltpolitik um ganz klassische Fragen der Sozialdemokratie geht, nämlich, wie man Stabilität und Frieden bewahrt. Bis



Peter Himsel

*Sigmar Gabriel: »Umweltpolitik ist zur klassischen Frage der Sozialdemokratie geworden.«*

zur Mitte des Jahrhunderts werden auf der Erde neun Milliarden Menschen leben, davon über vier Milliarden Menschen in den Industrieregionen. Mit der industriellen Massenproduktion werden die Güter billiger, und infolgedessen können sich mehr Menschen mehr Güter leisten. Die Vorstellung, dass »Grenzen des Wachstums« die Lösung für das Klimaproblem seien, wird in Ländern, von deren Bevölkerung mehrere hundert Millionen nicht mal Schuhe zum Anziehen haben, nicht besonders gut zu vermitteln sein. Sie wollen ein Wirtschaftswachstum erleben. Industrielle Massengüterproduktion bei neun Milliarden Menschen bedeutet aber auch eine gigantische Steigerung der Nachfrage nach Rohstoffen.

Es gibt gar nicht genügend Rohstoffe, um neun Milliarden Menschen zu versorgen. Wenn der Temperaturanstieg so weitergeht, schmelzen die Gletscher des Himalaja ab, und damit haben wir 40 % der Trinkwasserversorgung Asiens zerstört. Was allein das für Wanderungsbewegungen und Konflikte bedeuten kann, können

wir noch gar nicht abschätzen. Das, was sich im Moment an den Grenzen Europas abspielt, gibt uns nur den Hauch einer Ahnung. Und das ist der Grund, warum sich der UN-Sicherheitsrat mit dem Klima befasst hat, und zwar nicht als ökologisches Problem, sondern als zentrale Stabilitäts- und Friedensherausforderung für die nächsten Jahrzehnte. Das Problem bei der Suche nach Lösungen liegt nicht darin, dass wir nicht wüssten, welche Mittel wir verwenden sollten. Das Problem ist, dass dahinter massive wirtschaftliche Interessen stecken. Und deshalb ist die Antwort Egon Bahrs die einzig richtige: Sicherheit bekommen wir nur durch Interessenausgleich.

Europa alleine kann das nicht stemmen. Aber die Länder anderer Regionen werden wir nur dann mit ins Boot bekommen, wenn wir ihnen preiswert klimaschonende Technologien bieten. Deswegen ist das Konzept der Sicherheitspolitik der 60er und 70er Jahre mit Interessenausgleich und Sicherheitspartnerschaft präzise das, welches wir jetzt brauchen.

**Bahr:** Mit einem großen Unterschied: Wir hatten es damals mit dem einen Faktor Sowjetunion zu tun, das heißt mit einem Land, in dem rational gedacht und verantwortungsbewusst entschieden wurde. Jetzt haben wir es mit einer Welt zu tun, von der ich nicht weiß, wie sie reagiert. Eine größere, lebenswichtigere und schwierigere Aufgabe im Vergleich zu damals. Ich frage mich, ob man nicht nur international, sondern auch national, gar regional arbeiten muss. Wir brauchen eine Aufklärungsarbeit für die eigene Bevölkerung, also regionale Zusammenarbeit und die Übertragung dieser Zusammenarbeit auf die internationale Ebene.

**Gabriel:** Ein bisschen versuchen wir es mit dem Ansatz des *common but different approach*, also gemeinsame, aber nach Land, Region und Bevölkerung differenzierte Ansätze zum Klimaschutz. Wir müssen bereit sein, ärmeren Ländern unsere

wissenschaftlichen Kapazitäten zur Verfügung zu stellen.

Eine Idee ist, den Entwicklungsländern CO<sub>2</sub>-Grenzen zu setzen. Wenn diese überschritten werden, soll das zwar keine Folgen haben, aber wenn ein Land sie unterschreitet, so wird es mit erheblichen Finanzierungsbeiträgen beteiligt. Das ist eine Strategie, bei der es keine Verlierer gibt. Damit die Menschen und die Regierungen dieser Länder bereit sind mitzumachen, wird es am Ende immer wieder um dieselbe Frage gehen: Schaffen wir den Interessensausgleich zwischen ganz unterschiedlichen Regionen der Welt, zwischen ganz unterschiedlichen Entwicklungsstadien? Wie schaffen wir es, dass Entwicklungszusammenarbeit und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Klimaschutz einhergehen?

Viele Länder können die Anpassung an den Klimawandel nicht alleine bewältigen. Also ist die zweite Aufgabe, die Anpassung dort mitzufinanzieren. Dabei geht es um sehr hohe Finanzbeträge, und einen Teil dieser Beträge werden wir aus der Versteigerung der Rechte für den Emissionshandel bekommen.

**Meyer:** Egon Bahr, was waren die entscheidenden Instrumente für die Einsicht, dass Sicherheit nur gemeinsam zu erreichen ist? Und kann man daraus irgendetwas für die heutige Zeit wieder aufgreifen?

**Bahr:** Wie schon gesagt, früher war es einfacher. Im atomaren Zeitalter war das Neue, dass man nicht mehr *vor* dem Feind sicher sein konnte, sondern nur *mit* dem Feind. Diese Einsicht hat bis heute die Beziehungen geprägt. Das Konzept auf die globale Ebene in Bezug auf die Klimaproblematik zu übertragen ist ungleich schwieriger.

**Meyer:** Welche Rolle, welches Gewicht soll dieses Thema im sozialdemokratischen Grundsatzprogramm, das in den nächsten Monaten verabschiedet wird, spielen?

**Gabriel:** Die Sozialdemokraten sollten das Thema unter dem Titel der »Sicherheits-



Peter Himself

*Egon Bahr: »Ich bin sehr vorsichtig gegenüber der Versuchung, praktische Antworten zu geben.«*

politik« oder der »Friedenspolitik« angehen. Auf jeden Fall sollte von Anfang an klar sein, dass es um mehr geht als um Umweltpolitik. Der erste Schritt zu einer gemeinsamen Klimapolitik ist die Verankerung der Idee, dass Klimapolitik vor allem gemeinsame Sicherheitspolitik ist. Daher war auch G8 in Heiligendamm so wichtig, denn dort wurde die Klimaproblematik von den Umweltministerien ins Zentrum der internationalen Politik verlagert.

*Zweitens* ist es hilfreich, dass der Generalsekretär der Vereinten Nation die Klimaproblematik zu seinem Hauptthema erklärt hat. Er wird verstärkt versuchen, Klimapolitik zu einem zentralen Punkt in den internationalen Beziehungen zu machen.

Als Nächstes muss gezeigt werden, dass man bereit ist, die Entwicklungsländer in jeder Hinsicht zu beteiligen. Außerdem muss es noch ein wirtschaftliches Instrument geben, so dass sich klimafreundliches Verhalten auszahlt und das Gegenteil bestraft wird.

**Bahr:** Ich bin froh, dass ihr schon über die Methoden nachdenkt. Das ist nicht

mehr der erste Schritt, sondern schon der zweite, um dieses Problem auf dem Müllhaufen der Geschichte zu deponieren.

**Teilnehmer:** Herr Bahr hat davon gesprochen, dass diese Welt nur noch verteidigt werden kann, wenn man sich auch ideologisch trifft. In den USA gilt schon seit eh und je der Grundsatz *business first*. Wenn wir die USA dazu bringen wollen, einen Wandel zu bewirken, dann müssen wir auch im Wirtschaftssektor etwas tun.

**Gabriel:** Das stimmt. Die Amerikaner werden nur dann mitmachen, wenn man mit Klimaschutz Geld verdienen kann. Deshalb müssen die Europäer einen Emissionshandel aufbauen, der funktioniert, denn ohne marktwirtschaftliche Anreize wird sich da nichts tun.

**Teilnehmer:** Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatten wir auf der Welt insgesamt nur 28 Tage Frieden, gleichzeitig haben die Verteidigungsausgaben weltweit Hunderte Milliarden EURO verschlungen. Wo ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis? Ist es nicht an der Zeit, einen Paradigmenwechsel vorzunehmen, und zwar so, dass es dem Menschen mehr nutzt?

**Bahr:** Ich habe ernsthaft Sorge, ob wir mit der notwendigen Geschwindigkeit die wirkliche Veränderung des Denkens schaffen. Kosten und Nutzen gegeneinander abzuwägen bedeutet die Fortsetzung des alten politischen Denkens. Sie sprechen von einem Paradigmenwechsel. Da kann ich nur sagen: Ja! Aber dann bitte ich Sie hinzuzufügen, wie das durchgesetzt werden soll, denn das weiß ich nicht.

**Teilnehmer:** Es gab einen Bericht, demzufolge jedes Land pro Jahr ca. 1 % seines Bruttoinlandproduktes zur Verhinderung des Klimawandels aufbringen müsste. In Deutschland haben wir ein Bruttoinlandsprodukt von ca. 2,2 Billionen EURO. Ein Prozent davon sind 22 Milliarden. Aber wenn man in den Haushalt guckt, stehen doch nur eine Milliarde EURO zur Verfügung.

**Gabriel:** Auf diese Idee kann man nur kommen, wenn man nicht genau nachrechnet. Man darf ja nicht nur vom Staatsbudget ausgehen. Wir geben zum Beispiel jährlich drei Milliarden für erneuerbare Energien und 1,4 Milliarden für die Sanierung von alten Gebäuden aus, und beteiligen uns an den Direktinvestitionen der großen Energieversorger in *Offshore*-Windenergieanlagen. Da ist man schnell in der Nähe der 22 Milliarden.

**Teilnehmer:** Herr Gabriel, ist es nicht paradox, von Umweltschutz und der Rettung unserer Erde zu reden, und gleichzeitig neue Kohlekraftwerke zu planen?

**Gabriel:** Diese neuen Kohlekraftwerke haben einen Energieeffizienzgrad von fast 90 %, durch Energie-Wärme-Kopplung zum Beispiel. Das bringt eine Ersparnis von 40 Mio. t CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Bauen wir diese nicht, müssen wir die alten Kohlekraftwerke in Betrieb halten, denn ganz können wir darauf nicht verzichten. Alternative Energien sind immer noch teuer, genauso wie der komplette Umstieg auf Gas. Wir wollen daher bis 2012 neun neue Kohlekraftwerke bauen, und dafür alte stilllegen.

Nach 2012 wird der Emissionshandel die Emissionsberechtigungen, die ein Land vergeben darf, für jedes Jahr senken. Europa wird ca. 20 % des Ausstoßes einsparen, global ist es unser Ziel, auf 30 % zu kommen. Ab 2012 wird niemand mehr ernsthaft ein Kohlekraftwerk in Planung nehmen, bevor nicht die EU eine klar definierte Emissionsgrenze vorgibt.

Den Großteil der hierzulande verbrauchten Energie erzeugen wir heute mit Kernenergie und mit Kohle. Wenn man die Absicht hat, bis 2020 aus der Kernenergie und aus der Kohle auszuweichen, wie manche Umweltorganisationen fordern, wird das Ergebnis eine Laufzeitverlängerung für alte Kohlekraftwerke sein und damit verbunden eine vergleichsweise höhere CO<sub>2</sub>-Belastung.